

Die Zeitung erscheint wöchentlich am Freitag und Sonntag...
Verkaufsstellen: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 13A.

Abbestellen: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13,
Telefon: 9768.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Hamburger Krise.

Die Ausfahrt der deutschen Schiffe.

Der gemeldete Beschluß der Hamburger Seeleute, die Ausfahrt auf den deutschen Schiffen zu verweigern und so die Auslieferung der deutschen Flotte an die Entente zu verhindern, hat in der Presse große Aufregung erzeugt und Gelegenheit zu einer Debatte gegen den angeblich „partokratischen“ Seemannsbund gegeben.

Wir haben gleich gesagt, daß die Meldungen aus Hamburg sich stark widersprechen. Unserer Meinung nach wäre ein Beschluß, die Ausfahrt der deutschen Flotte zu verhindern, ganz unverständlich. Es wäre nutzlos, weil die Entente das Recht hätte, die Schiffe abzuholen und es wäre sinnlos, weil es natürlich nie die Politik der Arbeiter sein könnte, sich selbst auszuhungern, um sich dadurch stärker zu revolutionieren. Das Kind kann unter Umständen ein revolutionierender Faktor sein, aber nur dann, wenn es durch die Politik der Gegner der Arbeiterklasse herbeigeführt worden ist, nicht wenn es durch eine Arbeitergruppe selbst erzeugt wird, gegen die sich dann der ganze Unwille aller anderen Schichten richtet.

In Hamburg selbst ist übrigens, wie uns gemeldet wird, von Aufregung keine Rede, da hinter dem angeblichen Beschluß gar keine Organisationen stehen. Das Ganze scheint stark eine sensationelle Mode zu sein, die zu einem Scheitern gegen den Seemannsbund, der dem alten Transportarbeiterverband ein Dorn im Auge ist, ausgenützt werden soll.

Hamburg, 20. März. Gegen den gestrigen Beschluß des deutschen Seemannsbundes, wonach die Seeleute aller Grade den Dienst auf deutschen Schiffen verweigern, erklärten der Verband deutscher Seeschiffer-Vereine, Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine, Verband deutscher Schiffsingenieure, Verband technischer Schiffsoffiziere, fast davon überzeugt zu sein, daß die Kapitäne und Schiffsoffiziere jederzeit bereit sind, im Interesse der gesicherten Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes unsere Schiffe im Sinne des Brüsseler Abkommens zu besetzen.

Hamburg, 20. März. Im Anschluß an die am Mittwoch abgehaltene Versammlung des deutschen Seemannsbundes fand heute auf dem „Imperator“ eine Zusammenkunft der für die Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie angemusterten und auf diesen bereits Dienst tuenden Seeleuten statt, in der beschlossen wurde, nach Möglichkeit geschlossen an der vom Seemannsbund für Freitag einberufenen Versammlung, zu der auch Vertreter der Regierung geladen worden sind, teilzunehmen.

Die Dampfer Cleveland und Patrick, deren Ausreise für heute in Aussicht genommen war, konnten nicht auslaufen, da die Heizer und Trimmer der Dampfer erst den Beschluß der morgigen Versammlung abwarten wollten.

Hamburg, 20. März. In einer Bekanntmachung wenden sich die sozialdemokratische Partei, das Gewerkschafts-Mitglied, die Kommandantur des Soldatenrats und der Kommandant von Groß-Hamburg an die Seeleute, sich der ungebührlichen Verantwortung für die Ernährung des ganzen Volkes bewußt zu sein und die Schiffe herauszugeben. Alle Sicherheitsmannschaften und Truppen Groß-Hamburgs ständen zum Schutze der Seeleute gekklossen bereit, wenn unverantwortliche Elemente die Lebensmittel-schiffe mit Gewalt am Auslaufen verhindern wollten.

Wie die „S. J.“ am Mittag mitteilt, sei die Regierung entschlossen, dem Terrorismus des spartakistischen deutschen Seemannsbundes, der die Ausfahrt der Lebensmittel-schiffe aus dem deutschen Hafen verhindern will, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln kräftig zu begegnen. Sie habe bereits Maßnahmen getroffen, um die arbeitswilligen Seeleute des Transportarbeiterverbandes, die gegenüber dem Seemannsbund weitest in der Mehrheit sind, mit den staatlichen Machtmitteln gegen Gewalttätigkeiten zu schützen.

Wir wollen einstweilen annehmen, daß diese Meldung der „S. J.“ nicht den Tatsachen entspricht. Denn wie wir in den vorstehenden Ausführungen dargelegt haben, wäre zu einem derartigen Schritte keine begründete Veranlassung gegeben. Im Gegenteile, er könnte nur zur Verschärfung der Lage in Hamburg führen.

Auch wird im Gegensatz zu der Meldung der „S. J.“ mitgeteilt, daß am Donnerstag bereits Verhandlungen

zwischen Vertretern des Internationalen Seemannsbundes einerseits und des Reichswirtschaftsamtes andererseits begonnen haben.

Unbelehrbar.

Berlin, 20. März. Infolge der Weigerung einiger radikaler Seemannsverbände, sich an Bord der auslaufenden deutschen Lebensmittel-schiffe zu begeben, war die Ausführung des Brüsseler Abkommens und die Verpflegung Deutschlands in Frage gestellt.

Deshalb hat die Deutsche Waffenstillstandskommission am 20. März bei den alliierten Regierungen den Antrag gestellt, die Genehmigung zur sofortigen Indienststellung von vier kleinen Kreuzern auf dem schnellsten Wege zu erteilen. Durch diese Maßnahme würde der Schutz der sofortigen Ausfahrt der Handelsschiffe sowie der zu erwartenden Lebensmitteltransporte garantiert.

Der Zentralrat gegen das Regierungsorgan

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik teilt mit:

In der Morgenausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 18. März befand sich eine Notiz über den Zusammentritt des zweiten Rätekongresses, in der es heißt, daß der Zentralrat auf dem Standpunkte stehe, daß die politischen Rechte der Arbeiter durch deren Vertreter in der National- und in der Landesversammlung gewahrt werden, und daß damit ein anderes Organ zur Vertretung der politischen Interessen der Arbeiter sich erübrigt.

Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen. Die Stellung des Zentralrats ist durchaus noch nicht endgültig festgelegt. Bei den bisherigen Beratungen dieser Angelegenheit hat sich aber ergeben, daß die Mehrheit seiner Mitglieder eine Auffassung vertritt, die der in der Deutschen Allgemeinen Zeitung wiedergegebenen entgegengesetzt ist.

Nach dieser Mitteilung zu urteilen, sträubt sich die Mehrheit des Zentralrats gegen die ihr von der Regierung zugewiesene Rolle, die Lotengraberin der Arbeiterkräfte zu sein. Wenn dem so ist, erscheint es recht merkwürdig, daß die Stellung des Zentralrats in dieser Frage „noch nicht endgültig festgelegt“ ist. Viel Zeit zum Überlegen ist nicht mehr geblieben. Durch seine bisherige Schaukelpolitik hat der Zentralrat schon genug Unheil angerichtet.

Das Generalstreiks-Gerücht.

Seit einigen Tagen geht in der Presse das Gerücht um, für Ende März sei ein Massenstreik geplant. Je nach der Phantasie der betreffenden Schreiber ist es bald ein Generalstreik in Berlin oder in Sachsen oder gar in ganz Deutschland, der bevorsteht.

Wir wollen dazu nur sagen, daß uns von all dem gar nichts bekannt ist und wir zu wissen glauben, daß nirgends solche Absichten bestehen.

Daß diese Gerüchte mit solcher Bestimmtheit immer wieder auftauchen, hat einen anderen Zweck. Die Gefahr eines bevorstehenden Streiks gibt nämlich den Vorwand zur Aufrechterhaltung des Belagerungsstandes, an dessen Aufhebung die „sozialistische“ Regierung noch immer nicht zu denken scheint.

Die Entschädigungsfrage.

Amsterdam, 20. März. In der Unterhandlung vom 17. sagte Bonar Law in Verantwortung von Anfragen: Die Regierung habe nicht die Absicht, dem Feinde größere Zahlungen anzuerkennen, als er nach amtlicher Erklärung zu leisten imstande sei.

Wahlrecht der Reichsdeutschen in Niederösterreich.

Wien, 20. März. Die niederösterreichische Landesversammlung hat die Landeswahlordnung für Niederösterreich angenommen. Das Gesetz legt das aktive Wahlrecht für die Reichsdeutschen für den Fall der Gegenseitigkeit fest.

Friedenswirtschaft und Sozialismus.

Von Otto Jenßen.

In seinem Artikel „Der Niedbruch der Volkswirtschaft“ hat Professor Waldb an dem Beispiel der Eisenbahnen anschaulich gezeigt, wie notwendig eine energische planmäßige Tätigkeit des Staates beim Neubau unserer Wirtschaft ist. Es wird immer verkannt, daß wir uns in einer so außerordentlich schwierigen Lage befinden, weil wir nicht nur die Umstellung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft vollziehen müssen, weil wir nicht nur danach streben, diese Umstellung mit dem Übergang vom kapitalistischen System zur sozialistischen Wirtschaftsordnung zu vollziehen, sondern weil wir uns endlich in eine ganz veränderte Weltwirtschaft einordnen müssen, umgeben von Staaten, deren Gütererzeugung ebenfalls durch den Krieg tiefgehende Veränderungen erfahren hat, umgeben von Völkern, über deren wirtschaftliche Verhältnisse wir noch mangelhaft unterrichtet sind. Durch den langandauernden Krieg ist das labile Gleichgewicht des Kapitalismus, das, jeden Augenblick gestört, durch Krisen gewaltig wiederhergestellt wird, völlig dahin. Die sogenannte „Proportionalität“ der Wirtschaft, die Einstellung der Gütererzeugung der verschiedenen Länder aufeinander, ist durch die Kriegssperre Mitteleuropas und des Ostens nicht mehr vorhanden, und wir müssen uns auf die neuen Bedingungen einrichten, was nicht ohne Fehlschläge, selbst bei sachkundigster und energetischer Wirtschaftsführung, möglich ist.

Bei der heutigen Arbeitslosigkeit werden diese Umstände viel zu wenig berücksichtigt. Es handelt sich hier nicht nur um einen Mangel an Arbeit, um mangelhafte Organisation der Produktion, um Unternehmerunlust aus bösem Willen oder aus Angst und Ungewißheit für die Zukunft. Es gilt, unsere Wirtschaft neu zu orientieren, da wir nicht mehr jener große Absatzmarkt sind, der die halbe Welt mit hochwertigen Industrieprodukten versah. Viele früheren Agrarstaaten haben sich während des Krieges industrialisiert, manche deutsche Spezialindustrie ist inzwischen im Ausland mit mehr oder minder Erfolg nachgehakt und eingebürgert worden. Unser Nationalmonopol wird durch den Anknüpfen Elb-Bohringens an Frankreich durchbrochen.

Dazu kommt die Blockade und die wahrscheinliche Rohstoffrationierung durch die Entente. In dieser Lage müssen wir größere Massen von Arbeitern in der Landwirtschaft beschäftigen oder in Industrien, die den Bedarf der Landwirtschaft herstellen und zugleich durch ihre Produkte die Erträge der heimischen Bodenerzeugung bedeutend steigern.

Abgesehen von der Wirtschaftspolitik der Entente und der Neutralen und gegenüber, die wohl nicht freundschaftlich sein wird, hindern die hohen Preise eine dauernde Masseneinfuhr dieser Agrarprodukte, da wir sie nicht mit hochwertigen Industriegütern sofort bezahlen können, deren Rohstoffe wir wiederum größtenteils teurer aus Entente-Ländern beziehen müssen (Woolwolle, Kautschuk usw.).

Es hat keinen Zweck, sich über diese ersten Zusammenhänge zu ärgern. Es ist aber ebenso verfehlt, in unfruchtbares Nihilismus und weinerlichen Pessimismus zu verfallen. Es ist demagogisch, diese fatale Lage der Revolution zuzuschreiben und durch Beschimpfe auf die Entente die Sünden der früheren Regierung und ihrer Wirtschaftspolitik ver-gessen machen zu wollen.

Der Ausweg heißt auch hier Sozialismus und schon bei seiner Anbahnung, Umstellung der Wirtschaft, Umgruppierung der Industrieviertel. Zunächst muß, wie das ja schon so oft betont ist, durch Sozialisierung des Bergbaues und auch der Schwereisenindustrie, die Arbeiterschaft beruht werden. Sie muß die Gewißheit erhalten, daß wirklich planmäßig sozialisiert werden soll. Auch die nicht sozialisierten Industrien hat man ja durch die Bedienung der heimischen Rohstoffe „an der Strippe“. Man kann hier durch Rationierung Materialverschwendung verhindern und auch bestimmen, was produziert werden soll.

Da kommt natürlich zunächst in Frage: Eisenbahnmateriale, Lokomotiven, Schienen usw. Ferner müssen landwirtschaftliche Maschinen aller Art in Masse und in Serien hergestellt werden. Diese Maschinen kann man auch, falls Rußland sich bald konsolidiert, dorthin ausführen und vielleicht auch in andere benachbarte Agrarländer. Weiter müßte

natürliches, was zur Elektroindustrie gehört, produziert werden, wobei allerdings das teure Wuttaperka, auch Kupfer u. a. aus dem Ausland bezogen werden muß. Doch ist zu erwarten, daß unsere hochwertigen Erzeugnisse der Elektroindustrie nach und nach in den Ausland Absatz finden. Sozialisierung der Stahl- und Stahlfabrikation und -verarbeitung ist selbstverständlich. Desgleichen wichtigste Steigerung dieser für die heimische Landwirtschaft infolge der Bodenverarmung und als Ausbaurmittel gleich wichtigen chemischen Produkte. Sozialisierung der Wasserkraft, Anlage zahlreicher Elektrizitätswerke ist eine dringende Notwendigkeit, wobei besonders die wirtschaftliche Schwerpunkt merklich von Westfalen-Rheinland nach Süddeutschland, besonders Bayern, verschoben würde, wo eine Fertigungsindustrie hochqualifizierter Erzeugnisse entstehen müßte. Mit deren Produktion wäre die unumgängliche notwendige Einfuhr von Rohstoffen, da wir auf diesem Gebiet in der Textilindustrie am schnellsten wieder konkurrenzfähig werden können.

Eine solche großartige Wollt, die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft und zum Sozialismus mit weltwirtschaftlicher Neuorientierung verbindet, stößt aber nicht nur auf den Widerstand der Kapitalistengruppen, deren Augenblicksinteressen geschädigt und deren politische Machtstellung durch die wirtschaftlichen Veränderungen untergraben würde. Eine solche wirklich sozialistische Politik hat mit der Beschränkung der Nur-Politik und Logosarben, mit der sozialen Einseitigkeit der Berufsmenschen, mit der feilschen, körperlichen und organisatorischen Verwüstung bei den Menschen der Nachkriegszeit zu kämpfen. Daran wird auch ein so radikaler Neuaufbau, wie ihn z. B. Professor Volkoff in seiner interessanten Schrift „Der Zukunftsstaat“ vorschlägt und eingehend statistisch begründet, scheitern. Es ist aber notwendig, daß die U. S. P. und alle wirklich sozialistischen Arbeiter für das hier entwickelte Programm in seinen Hauptzügen eintreten, damit wir nicht immer tiefer in den Sumpf geraten, und der Sozialismus nicht durch eine zahllose, mit bürgerlichen „Verbesserungen“ belastete Sozialisierung unheilbar kompromittiert wird.

Es ist erforderlich, daß die Probleme der Gegenwart in all ihrer Größe und Schwierigkeit erkannt werden, um so ohne Kleinmütigkeit, aber mit dem Bewußtsein der Hindernisse und der zu ihrer Ueberwindung vorhandenen Mittel an die Arbeit zu gehen. Gestützt auf die Hilfe moderner Technik, bauend auf die Organisationsfähigkeit des Menschen bewußt die Interessen der Arbeiterklasse und der Gesamtheit zu vertreten, muß das große Werk begonnen werden, nüchtern und sachlich, aber eingedenk des Wortes von Danton, daß in revolutionären Zeiten die Lösung sein muß: Kühnheit, Kühnheit und noch einmal Kühnheit! Es wäre unbedachtig von Scheidemann, diese revolutionäre Eigenschaft zu erwarten. Auch in Weimars Musentempel dürfte sie kaum heimlich sein, darum wird nur das eine Mittel helfen, das Marx zur Fällung des parlamentarischen Sammers in England der 50iger Jahre vorigen Jahrhunderts erkannte: der Druck von unten!

Die preussische Verfassung.

Die preussische Landesversammlung brachte gestern die Beratung über die Verfassung zum Abschluß. Die Konventionen verurteilten den Vorschlag für Wilhelm, den Staatspräsidenten, in die Verfassung einzuschließen, während die Demokraten die Minister durch die Landesversammlung gewählt sehen wollten. Beide Anregungen, die sich zu Anträgen verdichteten, fanden keine Zustimmung. Man wollte sich freie Hand lassen, um erst nach der Erörterung der Verfassung für das Reich sich endgültig zu entscheiden. So erklärte wenigstens das Zentrum.

Einen Vorstoß gegen die Verordnungen der Regierung unternahm noch die Deutschnationalen, denen die Verordnung über das Gemeindefriedrecht besonders schwer im Magen liegt. Unser Redner, Genosse Dr. Rosenfeld, wandte sich gegen die Anträge der Deutschnationalen mit der Bemerkung, daß gerade die Verordnung über das Gemeindefriedrecht bisher dringlich gewesen sei und leider nicht weit genug ainea. Auch diese Anträge wurden abgelehnt.

Vor der Schlussabstimmung gab der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die Erklärung ab, daß es unseren Genossen unmöglich sei, dieser Verfassung zuzustimmen, nachdem die Grundgesetze der Revolution, die Arbeiterrechte, als Grundlage für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in der Verfassung keine Berücksichtigung gefunden hätten. Und nun ereignet sich das überrauschende Schauspiel, daß der Abgeordnete Heller als Sprecher der Mehrheitssozialisten die Erklärung abgab, daß auch seine Freunde für die Erhaltung der Arbeiterrechte eintreten, sich aber vorbehalten, daß bei der Festlegung der endgültigen Verfassung zum Ausdruck zu bringen — eine Erklärung, die ganz im Geiste der Verträge des mehrheitssozialistischen Reaktionsredners Seimann in dem vorhergehenden Stadium der Verhandlungen stand. In der Schlussabstimmung aelante dann die Notverordnung gegen die Stimmen unserer Genossen zur Annahme.

6. Sitzung vom 20. März, 3 Uhr nachmittags.

Zurück ist die Diätenvorlage in zwei Lesungen ohne Änderung einstimmig angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der vorläufigen Verfassung.

Zu § 3, wonach der Präsident der verfassunggebenden Landesversammlung die Regierung beruft, beantragen die Deutschnationalen Herzog und Genossen, die vollziehende Gewalt einem Staatspräsidenten zu übertragen, der von der Landesversammlung zu wählen ist und das Staatsministerium zu berufen hat.

Abg. Geiser (Dem.) beantwortet einen Antrag, wonach § 3 lauten soll: Die verfassunggebende Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser beauftragt die übrigen Mitglieder.

Abg. Graf-Kallm (Dsch. Nat.) beantwortet den Antrag Herzog. Wir erwarten, daß mit größter Beifügung an die Stelle der vorläufigen Regierung, die ihre zweifelhafte Legitimation der Tatsache verdankt, daß die frühere Regierung am 6. November von uns ihr zu Gebote stehenden Rechtsmitteln nicht den züchtigen Gebrauch gemacht hat (Große Unruhe u. d. Mehrzahl), eine definitive tritt.

Abg. am Schöndorf (Ztr.) will diese Frage offen lassen.

Abg. Dr. Leibig (Dsch. Sp.) spricht gegen einen Staatspräsidenten.

Abg. Freymuth (Zog.): Wir werden beide Abänderungsanträge ablehnen.

Abg. Rosenfeld U. S.:

Ich halte mich verpflichtet, die Ausführungen des Herrn Abg. Geiser zurückzuweisen, daß wir hier mit den rechtssozialistischen Wünsche wachen. Auch Herr Geiser sollte begriffen haben, daß es sich hier um sachliche Gegenstände handelt, die wir unabhängig in durchaus sachlicher Weise erörtern.

Zur Sache selbst ergeht sich aus unserm Bekanntheit zur Republik, daß wir es ablehnen, einen Präsidenten zu schaffen. Natürlich lehnen wir auch die Miniaturausgabe eines solchen, einen Ministerpräsidenten ab, der in seiner Stellung zu seinen Ministerkollegen herabgehoben ist. Von den rechtssozialistischen unterliegenden wir uns insofern, daß wir das nicht wie sie aus Zweckmäßigkeitsgründen, sondern prinzipiell ablehnen. Es genügt keineswegs, wenn in der Verfassung steht: alle Minister sind gleichberechtigt, sobald man tatsächlich einem Minister eine bevorzugte Stellung einräumt.

Die Anträge werden abgelehnt und § 3 unverändert angenommen, ebenso die §§ 5 bis 7.

Nach § 7 bleiben die bisherigen Gesetze und Verordnungen in Kraft. Ein Verzeichnis der Verordnungen ist der Landesversammlung in Monatsfrist vorzulegen. Die Landesversammlung kann Verordnungen außer Kraft setzen.

Abg. Doerberg (Dsch. Nat.): Der Erlaß von Verordnungen als die Verammlung schon gewählt war, ist eine Mißachtung des Parlamentes, wozu wir der Regierung keine Indemnität erteilen können.

Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung ist der Meinung, daß sie den Wünschen des Volkes im weitesten Maße entsprochen hat. Der Vorschlag, die Verordnungen sofort der Landesversammlung zur Ratifizierung zu überweisen, ist praktisch unbedenklich. Im übrigen hat die Regierung die Ratifizierung ihrer demokratischen Verordnungen nicht zu fürchten, sie wünscht sogar nichts schärfer als eine Aussprache über diese Angelegenheit, in der Uebersetzung, genau zu haben, was sie ganz einfach der tatsächlichen Lage entsprechend tun mußte. (Beifall.)

Abg. Leibig (Dsch. Nat.): Wir erkennen das Recht auch einer Revolutionsregierung zum Erlaß von Verordnungen ohne weiteres an, bestreiten aber der vorläufigen Regierung das Recht auf Erlaß von gesetzkräftigen Verordnungen, nachdem die Landesversammlung gewählt war.

Abg. Rosenfeld U. S.:

Als wir gestern von der Gegenrevolution sprachen, wurde uns entgegengehalten, es sei eine solche Gefahr nicht vorhanden. In dem Antrag Herzog kommt die Gegenrevolution, wenn auch in parlamentarischer Form, zum Ausdruck. (Widerpruch.) Er greift in der Tat tief in das Recht der Revolution ein. Und da behaupten Sie noch, daß auf dem Boden der Tatsachen stehen zu wollen? Sie möchten die ganze Revolution in den Rahmen der alten preussischen Verfassung zwingen. Es kann im Ernst nicht die Rede davon sein, den § 63 der alten Verfassung in Anwendung zu bringen.

Die Verordnungen über Gemeinde- und Kreiswahlwahlen waren eine politische Notwendigkeit. Die Ordnung und Ruhe unter der preussischen Arbeiterklasse wäre nicht aufrechtzuerhalten gewesen, hätte man ihr nicht das

Allgemeine Wahlrecht auch in den Gemeinden

gegeben. (Leb. Widerspruch rechts.) Sie sagen, nur in den Städten lesche dieses Verlangen. Dann täuschen Sie sich sehr über die Stimmung auf dem Lande. (Lachen rechts.) Nun die Wahlen, durch die Sie meine Herren von der Rechten begünstigt sind, haben es doch bewiesen.

Es behauptet eigentümlich, einen Redner der Rechten als Wahrer parlamentarischer Rechte hier auftreten zu sehen. (Sehr richtig! links.) Wo waren Sie denn vor dem 9. November, wenn wir den Kampf um parlamentarische Rechte führten? Dann sind Sie es gewesen, die gegen uns auftraten sind.

Herr Leibig hat Verwahrung dagegen eingelegt, daß die Regierung nach der Wahl zur Landesversammlung, sie sogar nach erfolgter Einberufung derselben, Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen habe. Die Herren rechtssozialisten mögen daraus ersehen, welche Konsequenzen die Notverordnungen führen. Wir sind der Meinung, daß die Regierung trotz revolutionären Rechts gehandelt hat. Sie hätten darüber, weil Sie auf dem Lande bei den Gemeindefrieden herzlich sind und sich getrost fühlen. Aber gerade darum müssen wir dafür sorgen, daß diese Wahlen überall durchgeführt werden. Das ist in verschiedenen Landesteilen noch nicht geschehen. Darum schreie die Regierung gegen widerstrebende Landräte nicht energisch ein? Wir verlangen, daß die Wahlen überall schleunigst durchgeführt werden.

Abg. Graf-Franckfurt a. M. (Zog.): Wenn man der vorläufigen Regierung einen Vorwurf machen will, dann muß man sagen, daß sie mit ihren Notverordnungen längst nicht weit genug gegangen ist. Insbesondere hat sie versäumt, mit der Landwirtschaft aufzuräumen. Die von der Regierung vorgeschriebenen Wahlen sind in den überaus zahlreichen Gemeinden ganz einfach unterblieben, und die Regierung hat nicht mit dem nötigen Nachdruck für die Befolgung ihrer Verordnungen gesorgt.

§ 7a wird unverändert angenommen. Zu § 7b (Verordnungsbefehl der Regierung im Interesse der öffentlichen Sicherheit oder Beseitigung eines öffentlichen Notstandes während der Zeit, wo die Landesversammlung nicht zusammengetreten kann) beantragt Abg. Dr. Leibig (Dsch. Sp.) die Bestimmung hinzuzufügen, daß die Verordnungen außer Kraft zu setzen sind, wenn und insofern die Landesversammlung es beschließt.

Abg. Dr. von Arndt (Dsch. Nat.) richtet die Anfrage an die Regierung, wie es mit der Uebernahme der preussischen Eisenbahnen auf das Reich stehe.

Finanzminister Dr. Sabelmann: Zur Zeit sind Verhandlungen mit der Reichsregierung im Gange über die Ueberführung sämtlicher Staatsbahnen in das Eigentum und den Betrieb des Reiches. Diese Uebernahme soll im Wege des Vertrages geschehen.

§ 7b wird ebenso wie der Rest des Gesetzes unverändert angenommen, desgleichen die Resolution des Ausschusses.

Zur dritten Lesung der Verfassungsvorlage erfaßt

Abg. Rosenfeld U. S.:

Ramens meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abgegeben:

Die verfassunggebende Landesversammlung hat es abgelehnt, die Erzeugnisse der Revolution durch die Einordnung des Räteprinzips in die Verfassung einzufügen. Es fehlt somit der Notverordnung das Fundament, auf dem sich die Neuordnung der Gesellschaft aufbauen kann. Aus diesem Grunde lehnen wir die Gesetzesvorlage ab.

Nach der Zustimmung erklärte der rechtssozialistische Heller, daß wenn die deutsche Nationalversammlung das Räteprinzip in die Verfassung einfügen werde, seine Partei auch in Preußen für die Einfügung stimmen werde.

Abg. Rosenfeld erwiderte darauf: Ich kann die Erklärung nicht verübergehen lassen, ohne die große Wandlungsfähigkeit der rechtssozialistischen festzuhalten. Noch gestern haben sie sich mit aller Entschiedenheit gegen das Räteprinzip ausgesprochen, und heute kommt diese Erklärung. Wahrscheinlich an Wandlungsfähigkeit sind sie von niemand zu überbieten. Ich konstatiere mit großer Freude die Befehrung und hoffe, daß sich die gesamte Arbeiterklasse bald auf unseren Standpunkt stellen wird.

Rockdem das Gesetz im ganzen endgültig angenommen war, räumte das Wort

Ministerpräsident Hirsch: Nachdem das Gesetz über die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt verabschiedet und dadurch die Möglichkeit geschaffen worden ist, eine verfassungsmäßige, auf dem geordneten Ausdruck des Willens des preussischen Volkes beruhende Regierung zu bilden, legt die vorläufige Regierung ihre Kandidat, die sie aus der Revolution empfangen hat, in die Hand der gesetzlichen Vertreter des preussischen Volkes zurück.

Präsident Leinert: Ich bitte die Regierung, ihre Aemter solange fortzuführen, bis ich in die Lage gekommen bin, eine neue Staatsregierung zu bilden. (Ministerpräsident Hirsch nickt zustimmend.) Das wird mir zugesagt. Hierauf verläßt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Hörliche Anträge, u. a. betreffend die Lösung der Rheinlande von Preußen.)

Gegen den Arbeitermangel in der Landwirtschaft.

Noch vor wenigen Wochen glaubte die Regierung dem Arbeitermangel in der Landwirtschaft dadurch begegnen zu können, indem sie die Arbeitslosen durch Zwang zur Annahme der Arbeit in der Landwirtschaft veranlaßte. Insbesondere war damals als letztes Mittel an die Entscheidung der Lebensmittelkassen gebot. Unser Einspruch gegen diese Maßnahme hat veranlaßt, daß die maßgebenden Stellen auf diesen Plan verzichteten und nach anderen Wegen umsehen mußten, den Arbeitermangel in der Landwirtschaft zu bekämpfen. Jetzt hat die Regierung anscheinend eingesehen, daß der Zwang ein sehr schlechtes Mittel ist, der Landwirtschaft besonders die Arbeitskräfte zuzuführen, die für die landwirtschaftliche Arbeit geeignet sind. Von der Regierung ist nun eine Verordnung erlassen worden, die den aus dem Lande oder in die Landwirtschaft gehenden Arbeitern Vorteile zu bieten sucht. Die Bestimmung, welche die Arbeiter vor allem betreffen, enthält der Paragraph 4 der Verordnung.

Erwerbslose, die der Gemeinde ihres letzten Wohnortes den Nachweis erbringen, daß sie eine Stelle in der Landwirtschaft überlassen haben und ihren Wohnsitz zu verlegen wünschen, erhalten folgende Vergünstigungen:

1. Freie Fahrt in den Beschäftigungsort sowie eine angemessene Beihilfe zu den Reisekosten.

2. Dasselbe erüchten die zur Weiterführung des Haushaltes notwendigen mütterlichen Familienangehörigen, wenn die Gemeinde des letzten Wohnortes nachgewiesen wird, daß auch deren Unterhalt am neuen Wohnorte gesichert ist. In diesem Falle wird auch freie Nutzung der Wohngebäude, den die Gemeinde, in welcher der Arbeiter zuletzt gewohnt hat, bezahlt.

3. Bleiben aber die Familienangehörigen am alten Wohnort und gehen nicht mit aus dem Lande, so bekommen sie, solange der Familienunterhalt auf dem Lande oder in der Landwirtschaft arbeitet, die Familienunterstützung weiter, und zwar bis zu dem 1/4fachen der Zuschläge, die die Höchstbeträge den Familienangehörigen der Erwerbslosen gewährt werden können. Diese Zuschläge können in der bezahlte werden oder in Gemäßung von Lebensmitteln, Reisunterstützungen und dergleichen bestehen.

4. Mäher dem Lohn haben die auf dem Lande in Selbstverforgung beschäftigten Arbeiter noch das Recht auf Selbstverforgungslöhne, die bekanntlich höher sind als die sonst vom Staat gewährte Lebensmittelzuweisung.

5. Endlich werden die Arbeiter auf dem Lande bei Nachfragen oder bei sonstiger Nutzung von Land für den Bedarf ihres Haushaltes bevorzugt, so daß sie auch hierdurch sich mit Bequemlichkeit bessere und billigere Ernährungsbedingungen schaffen können.

Es sei nochmals betont, daß den Arbeitern bei den unter 1 bis 5 aufgeführten Vergünstigungen keinerlei Kosten entstehen. Die Gemeinde des letzten Wohnortes hat diese zu tragen oder zu verauslagern. Der Arbeiter bleibt davon ganz unberührt.

Durch diese Verordnung werden sicherlich einige der wichtigsten Hindernisse aus dem Wege geräumt, die bisher Arbeitslose veranlaßt haben, landwirtschaftliche Arbeit nicht anzunehmen. Es bleiben aber auch noch einige, insbesondere die schlechten Unterkunftsverhältnisse auf dem Lande. Im Interesse der Sicherstellung der Volksernährung und der Steigerung der heimischen landwirtschaftlichen Erzeugung ist zu wünschen, daß auch auf diesem Gebiet baldige Besserung geschaffen werde.

Das neue sächsische Ministerium.

Dresden, 20. März. In der heutigen Sitzung der Sächsischen Volkskammer stellte der neuernannte Ministerpräsident Dr. Gradnauer dem Hause das von ihm umgebildete neue Ministerium vor, das sich nunmehr folgendermaßen zusammensetzt: Präsidium und Aushere: Gradnauer; Inneres: Uhlig; Militärwesen: Reuring; Finanzen: Rißke; Kultus: Bud; Arbeiten: Heldt; Justiz: Garnisch; Wirtschaft: Schwarz. Sämtliche Minister sind Mehrheitssozialisten. Zur Bearbeitung der Geschäfte des Ministerpräsidiums wird mit Zustimmung des Gesamtministeriums ein Staatskanzlei eingerichtet, mit deren Leitung der Ministerialdirektor Weidmann Dr. Schulze beauftragt worden ist.

Ministerpräsident Dr. Gradnauer legte zum Schluß der Sitzung in einer längeren programmatischen Erklärung die Richtlinien der Politik der neuen Regierung dar und richtete einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem er an die Einsicht, Selbstguth und Besonnenheit des sächsischen Volkes appellierte und betonte, nur durch Ordnung und Arbeit könne sich das Volk aus seinem jetzigen Tiefstand wieder erheben und seine demokratischen und sozialistischen Ziele verwirklichen.

Sozialisierung von Gas, Wasser, Elektrizität.

Offiziell wird gemeldet: Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom 19. März beschlossen, das Reichsministerium mit der schleunigen Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes zu beauftragen, der die Sozialisierung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte und der Straßenbahnen herbeiführen soll. Dieser Beschluß trifft sich in seinen Absichten mit dem Gesetzentwurf über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, den die Sozialisierungskommission ausgearbeitet hat. Die von ihr dort aufgeführten Wirtschaftszweige, insbesondere die Erzeugung von Nahrungsmitteln (Brotverfertigung), die Herstellung von Kleinwohnungen, die gewerbmäßige Stellenvermittlung und die Kommunalisierung der Postwesen müssen nach dem Sinne der Regierung den Kommunen und Kommunalverbänden die Möglichkeit geben, auch ihrerseits den Sozialisierungsgedanken für die Gemeinde nutzbar zu machen, um so von der politischen zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung großen Schritt zu kommen.

Der Sinn der Vorlautbarung ist nicht ganz klar. Was die Kommunen brauchen, ist ein Rahmengesetz, die es

Die Sozialisierungs-Kommission vorgeschlagen hat. Dadurch erhielten sie freie Hand, um in großem Umfang sozialisieren zu können. Wenn sich die Regierung darauf beschränken wollte, ein Gesetz zu erlassen, das uns die Kommunalisierung der Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen ermöglichte, die zum Teil heute schon vielfach kommunalisiert sind, so wäre das gänzlich unzureichend. Will die Regierung diese Kommunalisierungen für alle Gemeinden obligatorisch machen, so wäre das ein Fortschritt. Aber es würde nicht genügen. Was gefordert werden muß, ist die Möglichkeit für die Kommunen, unbehindert durch die bisherigen Einschränkungen des Selbstverwaltungsrechtes, in dem Umfang, in dem es möglich ist, die Sozialisierung der für die Gemeinde in Betracht kommenden Wirtschaftswerte durchzuführen. Und dazu bedarf es der kleinsten Erlassung des Rahmengesetzes.

Will die Regierung nicht ernstlich wenigstens auf diesem Gebiete den sozialistischen Gemeindevertretungen sozialistische Betätigungsmöglichkeiten geben, so muß sie umgehend ein solches Gesetz in der Ratsversammlung zur Annahme bringen.

Neue Preissteigerung für Kohlen.

Offen (Münch), 20. März. In der heutigen Versammlung der Bechenbarone wurde folgendes beschlossen: Bei dem sehr schlechten Geldergebnis, welches selbst gutgestellte Bechen seit einigen Monaten aufweisen und ungeachtet der fortgesetzten Steigerung der Selbstkosten mußte eine weitere und wiederum beträchtliche Erhöhung der Brennstoffpreise vorzunehmen werden. Die Steigerung der Selbstkosten ist in der Hauptsache auf die gewaltige Lohnerhöhung, ferner auf die gestiegene Arbeitszeit und auf die verringerte Arbeitsleistung zurückzuführen. Die Preissteigerungen betragen im allgemeinen: für Kohle 20 %, für Holz 30 %, und für Breits 20-30 % für die Tonne.

Die armen Bechenbarone! Ihr Geschäft blüht angeblich nicht mehr. Trotzdem sind sie erbitterte Gegner der Sozialisierung des Kohlenbergbaues, die ihnen doch alle Sorgen ihres bittieren Daseins abnehmen würde.

Die Zukunft Polens.

Paris, 20. März. (Gazette.) Die erste Lesung des Obersten Rates war der Prüfung der Lage in Galizien gewidmet. Der Rat hörte den von der Kommission für die östlichen Angelegenheiten eingereichten Bericht. Jules Cambon legte die zu verfolgenden Ziele dar: Polen könne trotz seiner ungunstigen geographischen Lage unter gleichzeitiger Unterstützung an das Nationalitätenprinzip ein lebensfähiger Staat werden. Um keine Unabhängigkeit zu behalten, habe Polen einen freien Zugang zum Meere unbedingt nötig. Unter diesen Umständen aber sei es unmöglich, Polen seine fremden Elemente einzuverleiben. Das Projekt der Kommission, das im ganzen genommen die Grenzen Polens wenig weiter dehnt als die von 1772, bewilligt Polen einen Ausgang zum Baltischen Meer, der mit einem Landstreifen längs der Weichsel zusammenhängend gedacht ist. In Allenstein wird eine Volksabstimmung abgehalten werden müssen.

Am Donnerstag findet keine Sitzung des Obersten Rates statt, wohl aber versammeln sich die Chef der Regierungen zur Beratung. Am Freitag findet eine neue Sitzung des Obersten Rates statt, in deren Verlauf die Westgrenze Polens geregelt werden und auch die Zurückführung der polnischen Divisionen zur Sprache kommen soll. Zugleich wird auch die Befreiung eines Teiles der neuen Weichseluferbedingungen (zugleich mit der Frage, ob Wasserstraßen oder Präliminarverträge) endgültig geregelt werden.

Koske gratuliert weiter.

Anlässlich des 50. Geburtstages des Obersten Reichsars, des Kommandeurs der gleichnamigen Brigade, haben am 18. März Reichswehrminister Koske und der Chef seines Stabes, Major v. Gilla folgende Drahtung an Oberst Reinhard gerichtet:

„Dem treuen und bewährten Schützer der Ruhe und Ordnung in Berlin freuen die aufrichtigsten Glückwünsche der Reichswehrminister und der Chef des Stabes.“

Verfolgungen des Bundes Neues Vaterland.

Der „Bund Neues Vaterland“ teilt mit: „Die in den ersten Kriegsmomenten begründete Vereinigung des „Bundes Neues Vaterland“, die allseitig ganz entschieden für den Gedanken des Völkerverbundes eintrat und hierfür schwerste Opfern bereit war, wird unter dem neuen Militarismus noch härter verfolgt. Im Januar beschlagnahmt man die Akten der Sozialistischen Wirtschaftskonferenz des Bundes, die in rein akademischer Weise das Problem der Sozialisierung erörterte. Man gibt die Akten auch jetzt noch nicht frei, da sie angeblich belastendes Material enthalten. Die einzige Belastung liegt in der weitberühmten sprachdrillischen Dummetz der preussischen Polizei. Die Vortragensführerin Elisabeth Bruck, der früheren Sekretärin, die wegen der früher erlittenen schweren Schädigungen im Gefängnis teilhaftig ist, wird nach von bewaffneten Soldaten aus dem Bett gerissen. Der Sekretär des Bundes, Otto Lehmann-Ruhbaldt, wird wochenlang von Pogromhorden belästigt. Man sucht bei ihm nach Waffen. Als Grund wird angegeben, der Bund wäre während des Krieges verboten gewesen und er wäre ja so passiv und sozialistisch. Die Verfolgungen gegen Hauptmann v. Westphal, einen Mitglied des Vorstandes des Bundes, sind bereits bekannt. Das Telephon des Bundes und seiner Mitglieder wird amtlich beobachtet. Jetzt hat man nun den Vogel abgeschossen, indem man in Stärke von zehn Mann in die Wohnung des Mitgliedes Dr. Gumbel eindringt, des Verfassers der Broschüre „Vier Jahre Lüge“. Zu seinem Glück ist Dr. Gumbel auf der Werner Pazifistenkonferenz, sonst wäre er nach der Aussage des die zehn Mann führenden Offiziers unbedingter erschossen worden. Da man den Pazifisten nicht belästigen will, so nahmen die Soldaten wenigstens drei neue Fremden und Teilhaberinnen und eine Tochter mit. Wahrscheinlich wird in der nächsten Zeit erzählt werden, der Bund sei eine sozialistische, mit russischem Gelde bezahlte Gesellschaft, genau so wie die Alldeutschen während des Krieges behaupteten, er wäre zum Zwecke des internationalen Kapitalismus von den Engländern bezahlt. Aus diesen lächerlichen Tatsachen wird die Öffentlichkeit des Auslandes mit Verwunderung erfahren, welche merkwürdigen Vorstellungen die deutschen Regierungen vom Völkerverbund zu haben können. In manchen dieser Besessenen in solcher Weise verfolgt.“

Das Vorgehen gegen den Bund Neues Vaterland teilt sich den unzähligen Ausschreitungen der Regierungstruppen gegen die Bevölkerung würdig an. Das Ideal des Völkerverbundes: Der Völkerverbund mit zehn Mann ist jetzt in einer Form Wirklichkeit geworden, wie ihn die Konservativen unter Wilhelm II. nie zu erhoffen geträumt haben. Unter solcher glorreichen Leitung marschieren wir denn auch geradewegs in den sozialistischen Zukunftsstaat hinein.

Gewerkschaftliches.

Arbeiterratwahl bei der Firma S. u. S. (Wernerwerk).

Bei der Wahl der Arbeiterräte im Wernerwerk wurden von den Arbeitern auf die Liste der U. S. P. D. 4918, auf die Liste der S. P. D. 2088 Stimmen abgegeben.

Die S. P. D.-Liste der Angestellten bekam 1888, eine dort aufgestellte demokratische 608 Stimmen.

Die Arbeiter und Angestellten der S. P. D. hatten ihre Stimmen abgegeben.

Es erhalten demnach die U. S. P. D. 8 Mandate und die S. P. D. 5 Mandate.

Auch hier zeigt sich, daß der überwiegende Teil der Arbeiter nicht mit der Handlungsweise der Reichssozialisten, die hier sicheres Geld zu haben glaubten, einverstanden ist.

Versicherungsangelegenheiten.

Am Freitag, den 21. März, nachmittags 5 Uhr, findet in den Sophienkassen, Sophienstr. 17/18, eine Besprechung der Objekte der Angestellten-Ausschüsse statt. Ausweis mitbringen. Tagesordnung: Der Tarifvertrag, das Kartell der Angestelltenverbände.

Groß-Berlin.

Die neue Stadtverordneten-Versammlung.

Endlich konnten gestern die am 26. Februar gewählten Stadtverordneten in ihre Ämter eingeführt werden. Zweimal schon war der Einführungstermin angelegt, immer aber mußte er wieder aufgehoben werden, weil es den neuen Stadtvältern und Stadtmüttern nicht möglich war, ohne Gefahr das Rathaus zu erreichen.

Es ist ein anderes Bild, was sich im Stadtverordnetensaal darbietet. Das Dreiklassenparlament ist weggefallen. Die bevorrechteten Vertreter sind arg zusammengeschmolzen. Der herrschende und die Kommunalverwaltung beherrschende Kommunalfreisinn ist in eine kleine Minderheit gedrängt. Auf 21 Mitglieder ist die früher ausschlaggebende Fraktion zusammengeschmolzen. Andererseits ziehen Vertreter der Konservativen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei ins Rathaus ein, die durch die Parteiverhältnisse in Berlin sich bisher von den Stadtverordnetenwahlen ferngehalten hatten. Nur einige Vertreter der Antisemiten vom Schlage der früheren „Staatsbürgerzeitung“ haben vor Jahrzehnten eine Stellung in der Stadtverordnetenversammlung gefunden. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist mit ihren 47 Sitzen die stärkste Partei, während die Reichssozialisten 46 Mandate aufweisen. Sehr zahlreich sind zum ersten Male die Frauen vertreten, die ein großes Tätigkeitsgebiet in der Gemeinde finden werden.

Der Oberbürgermeister Bernuth wies in seiner Begrüßungsrede auf diese Umwälzung hin und würdigte die neue Situation, zugleich auf die großen Aufgaben hinweisend, die in der jetzigen schweren Zeit den neuen Vertretern harren, worauf die Verpflichtung erfolgte.

Als erster Vortrager wurde Genosse Dr. Wegl von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gewählt, als zweiter Vortrager Herr Hugo Heimann von den Reichssozialisten. Nach Vervollständigung des Bureau's, das nach der Stärke der Fraktionen erfolgte, wurde noch ein Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation beschlossen, die sich mit der Sozialisierung beschäftigen soll.

Der Antrag ist von beiden sozialdemokratischen Richtungen gestellt. In der Begründung weisen Heimann (Reichssozialist) und Wurm auf die Notwendigkeit und die Bedeutung der Sozialisierung in der Gemeinde hin. Die Begründer weisen auf die großen Aufgaben der Gemeinden hin, die sich einer sozialistischen Reform aufzunutzen. Zunächst müssen alle Hindernisse beseitigt werden, die der Gemeinde auf diesem Gebiete entgegenstehen und was bei freier Selbstbetätigung die neue sozialistisch geleitete Stadtverwaltung leisten kann. Man brauche nur an das Verkehrsweesen, die Fleisch- und Brotversorgung, die Müllabfuhr, die Uebernahme der Apothecken, Bestattungswesen, Anschlagwesen, Stellenvermittlung, städtisches Fuhrwesen und anderes zu erinnern.

Der Oberbürgermeister äußerte sich dahin, daß auch er hoffe, daß aus diesen Beratungen Gutes herauskomme und daß zu diesem Zwecke die Arbeit der Sozialisierungs-Kommission den Gemeinden gute Dienste leisten würde, wenn sie Gesetz würden. Groß-Berlin bedürfte aber noch besonderer Erleichterungen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Arbeit der Sozialisierungs-Kommission annehmbar sei und möglichst bald Gesetzeskraft erhalten möge.

Genosse Wurm late nach Erörterung allgemeiner Gesichtspunkte im einzelnen dar, wie die Gemeinde allseitig sozialisieren könne. Die Erzeugung und die Abgabe von Badewässern, insbesondere des Brotes, die Erzeugung und die Verteilung von Milch, das Wohnungsweesen, das Verkehrswesen, das mit der Wohnungsfrage in engem Zusammenhang steht, seien einer Lösung entgegenzuführen. Alle unnötigen und überflüssigen Kosten müssen vermieden werden, wenn wir überhaupt leben wollen; dazu gehören aber die Beseitigung der zerstückelten Kleinverträge und ihre Zusammenfassung zu leistungsfähigen Verteilungs- und Erzeugungszustellen.

Der Vertreter der Kommunalfreisinnigen, Herr Romisen, gab die Bekämpfung seiner Freunde über die Verletzung der manchesterlichen Grundzüge, über die Begründung des Antrages und über die so bereitwillig entgegenkommende Antwort des Oberbürgermeisters kund. Er will „eingebredet“ prüfen, so schnell er das nicht, wie ich das die Antragsteller dächten. Eine unabweisbare Gefahr bedeuete das Einreisen in die Privatwirtschaft. Und dann malte Herr Romisen ein Bild über die Aussichten, zu denen die Vertreter der bürgerlichen Vereinigungen sich den Bedenken Romisen an. In diesem Augenblick sei Sozialisierung ein Verbrechen. Der Antrag wurde angenommen.

Aufforderung!

Die Angehörigen der in der Französischen Straße ermordeten Matrosen werden aufgefordert, so schnell wie möglich ihre genaue Adresse in der Redaktion der „Freiheit“ abzugeben. Zugleich weisen wir die Angehörigen noch einmal darauf hin, ihre Entschädigungsansprüche sofort beim Magistrat der Stadt Berlin geltend zu machen.

Stadtverordnetenversammlung in Charlottenburg.

Auch die dritte Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten war eine Dauer Sitzung. Ein Antrag auf Uebernahme der Polizei durch die Kommune wurde einer gemischten Deputation überwiesen. Die Unabhängige Fraktion hatte hierzu einen Antrag gestellt auf Aufhebung des Verwaltungsstatus und Zurückziehung der Truppen. Der Versuch des Genossen Dr. Herz, die Beratung dieses Antrages mit dem auf Uebernahme der Polizei zu verbinden, wurde abgelehnt. Der Antrag wird erst in der nächsten Sitzung beraten. Den Antrag der Reichssozialisten auf Rücktritt der Magistratsmitglieder wurde von Heimann begründet. Die bürgerlichen Fraktionen erklärten sich gegen ihn, ebenso der Oberbürgermeister Scholz, im Namen der Unabhängigen Fraktion Genosse Ritz dafür. Obwohl Heimann im Schlußwort alle Einwände widerlegte, zog er doch seinen Antrag zurück, damit auch äußerlich dokumentierend, wie sehr er gereizt ist, den Wünschen der Bürgerlichen und des Magistrats zu entsprechen. Der Antrag wurde jedoch wieder aufgenommen und bei der Abstimmung, bei der nun auch Heimann unter Beifall der Versammlung für den von ihm zurückgezogenen Antrag stimmte, abgelehnt. Ein Antrag auf Schaffung eines Gemeindefriedhofes und eines Krematoriums wurde angenommen. Die Unabhängige Fraktion erklärte durch Genossen Schmidt ihre Zustimmung, der auch die jetzigen Mitglieder auf den Friedhöfen stark kritisierte.

Zu einer größeren Diskussion kam es bei der Beratung der Anträge auf Sozialisierung. Die Reichssozialisten hatten nur beantragt, die weisen Wirtschaftsbetriebe in Kommuneigentum zu überführen, während der Antrag der Unabhängigen klar aussprach, daß die Sozialisierung im Sinne der Bergesellschaftung auf den dazu reifen Wirtschaftsbetrieben auch in der Kommune in möglichst kurzer Zeit durchzuführen sei. Die eingehende Begründung dieses Antrages durch den Genossen Dr. Herz, die hauptsächlich der grundsätzlichen Seite der Sache galt, rief den liberalen Dr. Frenkel auf den Plan, der dem Kapitalismus ein Loblied sang und die Sozialisierung als Wirtschaftsgrundriss scharf ablehnte. Auch alle übrigen bürgerlichen Fraktionen sprachen sich gegen den Antrag der Unabhängigen aus, während ein Teil von ihnen, besonders die Demokraten, dem Antrag der Reichssozialisten zustimmten. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Reichssozialisten mit großer Mehrheit angenommen, aber auch der Unabhängigen gelangte zur Annahme, da ein Teil der bürgerlichen Stadtverordneten bereits nach Hause gegangen war. Dem Schlußwort der Reichssozialisten wurde eine Anfrage der Reichssozialisten über seine Stellung zum Verband der Bureauangestellten. Hierbei vorgetragene Beschwerden der Angestellten dürften wohl Veranlassung geben, sich in einer der nächsten Sitzungen nochmals mit der Sache zu beschäftigen.

Achtung! Soldatenräte der U. S. P. D.

Alle auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Soldatenräte finden sich zu einer wichtigen Besprechung am Freitag, den 21. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Zimmer 18 des Herrenhauses ein. A. K.: Albrecht.

Erhöhung der Gemeindefiskalsteuern.

In den Magistratsrat ist die Beratung der Haushaltspläne gemäß weit vorgeschritten und dürften die Vorschläge bald der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Wie berichtet wird, sollen für das Rechnungsjahr 1919/20 in allen Groß-Berliner Stadtgemeinden die Gemeindesteuern gleichmäßig auf 100 Proz. erhöht werden. Bisher betrug der Kommunalzuschlag zur Gemeindefiskalsteuer in den Stadtgemeinden 100-120 Proz. die Erhöhung beträgt also 80-100 Proz.

Jugendweilhe in Neutölln.

Die Partien zur Jugendweilhe können Freitag und Samstag 10 Uhr, im Festsaal des Berliner Stadthauses, Kolonnenstr. 10, Jugendweilhe. Vortrags von Herrn Ernst Däumig. — Einladungen können nicht mehr ausgegeben werden.

Rezeptions-Baumkulturbewegung. Im „Rezeptions-Anzeiger“ vom 10. März d. J. wurde angekündigt, daß in Rezeptions-Baumkulturbewegung am 21. März d. J. eine Neuwahl des Arbeiterrates stattfinden würde. Die durch den Zentralrat ausgesprochenen Neuwahlen zu den Arbeiterräten gelten aber nur für die Betriebsarbeiterräte. Für die kommunalen Arbeiterräte finden zur Zeit keine Neuwahlen statt. Der bevorstehende Kongress am 8. April soll erst über die Richtlinien zu den kommunalen Arbeiterratswahlen Stellung nehmen. Die Kritik im Ostblatt beruht daher auf falschen Voraussetzungen.

Freizeitliche Gemeinde. Am Sonntag, den 23. März, nachmittags 10 Uhr, im Festsaal des Berliner Stadthauses, Kolonnenstr. 10, Jugendweilhe. Vortrags von Herrn Ernst Däumig. — Einladungen können nicht mehr ausgegeben werden.

Arbeiter-Samaritaner-Bund (Kolonie Groß-Berlin). Den Mitgliedern und Teilnehmern zur Kenntnis, daß die Uebung am 23. März in den Müggelbergen umhänbehalten nicht stattfinden kann. — Sonntag, den 21. März, Prüfung der Aufnahmestellen im Vereinslokal.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Dieckhoff, Neutölln. — Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck des Einbandbruders und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 18.

Einwohner Berlins

dient

Eurer Heimatstadt durch Zeichnung

von

Berliner Stadtanleihe von 1919,

Aus den Organisations.

Niederbarnim.

Am Sonntag, den 22. März, abends 8 Uhr, findet in der...

Teltow-Beestow.

Sonabend, den 22. März, nachmittags 6 Uhr, Kreis-

Die Urte, die bisher die Adressen der Gemeindev-

Am Sonntag, den 30. März, findet voraussichtlich eine Kon-

Treptow-Baumfächerweg, Montag, 24. März, abends 8 Uhr,

Romawas, Montag, 24. März, in Singers Volksgarten, Gemein-

Arbeitervereine, am 22. März im selben Lokal Selbstvereinsversammlung

Epil und Sport.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin

Theater und Vergnügungen.

Volkstheater, Theater am Halleschen Platz, 10/11, in Lichterberg

Opernhaus, Mittags 12 Uhr: Salon- und Konzert, Abends 7 Uhr

Schauspielhaus, Die Judaslocke, 1 Uhr

Deutsches Theater, 1 Uhr: Wie es euch gefällt

Kammerspiele, 1 Uhr: Unterwegs

Kleines Schauspielhaus, Keine Vorstellung

Königsgrätzer Str., 1 Uhr: Die Wildente

Komödienhaus, Schiffbauerdamm 25, 4. u. Neuen Wilhelmstr.

Berliner Theater, 1 Uhr: Sterne, die wieder leuchten

Trion-Theater, 1 Uhr: Der gute Ruf

Th. d. Friedrichstadt, Täglich 7 1/2 Uhr: Drei tolle Tage

Residenz-Theater, Täglich 7 1/2 Uhr: Das höhere Leben

Lessing-Theater, Täglich 7 1/2 Uhr: Der rote Fuchs

Central-Theater, Heute geschlossen

Tiefeland, 1 Uhr: Mannerl

Kleines Theater, 7 1/2 Uhr: Zum ersten Male: Salto mortale

Komische Oper, 1 Uhr: Schwarzwaldmädel

Lustspielhaus, 1 Uhr: Die spanische Flöge

Metropol-Theater, 1 Uhr: Die Faschingstaube

Neues Operettenhaus, Schillerdamm 44, Nordend 251

Palast-Theater, 7 Uhr: Christus

Thalia-Theater, 7 Uhr: Zur wilden Hummel

Theater des Westens, 7 1/2 Uhr: Madame Sherry

Wallner-Theater, 7 1/2 Uhr: Goisha

Rose-Theater, 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus

Alhambra-Theater, 7 1/2 Uhr: Fri. Schnabels Verlobung

Casino-Theater, Lothringer Str. 37, Tägl. 7 1/2 Uhr

Vater Knolle, Doro ersteklassige Spezialität

Wintergarten, Täglich 7 1/2 Uhr: Varietevorstellung

Kleine Anzeigen

Platina

Gramm 10 Mk. Zahngebisse, Gold kunst. Prus Linke

Piano

über 100 Klänge, umfasst Gammenton, Kunst. Schall

Teppich, Läufer, Matte, Karst Klingberg

Landrichter, außerordentlich, in allen erdenklichen Rechtsfällen

Reklende, Schlafzimmer, Speisezimmer

Schlaf-, Wohnzimmer und Küche zu verkaufen

Bettstoffe, gut erhalten, zu verkaufen

Möbel, Stühle und Küche verkauft

Pianos, tadelloser, gebrauchte von 12-1800 Mk.

Schlaf-, Wohnzimmer und Küche zu verkaufen

Bettstoffe, gut erhalten, zu verkaufen

Möbel, Stühle und Küche verkauft

Pianos, tadelloser, gebrauchte von 12-1800 Mk.

Schlaf-, Wohnzimmer und Küche zu verkaufen

Bettstoffe, gut erhalten, zu verkaufen

Möbel, Stühle und Küche verkauft

Pianos, tadelloser, gebrauchte von 12-1800 Mk.

Schlaf-, Wohnzimmer und Küche zu verkaufen

Bettstoffe, gut erhalten, zu verkaufen

Möbel, Stühle und Küche verkauft

Pianos, tadelloser, gebrauchte von 12-1800 Mk.

Schlaf-, Wohnzimmer und Küche zu verkaufen

Bettstoffe, gut erhalten, zu verkaufen

Möbel, Stühle und Küche verkauft

Pianos, tadelloser, gebrauchte von 12-1800 Mk.

Schlaf-, Wohnzimmer und Küche zu verkaufen

Bettstoffe, gut erhalten, zu verkaufen

Möbel, Stühle und Küche verkauft

Pianos, tadelloser, gebrauchte von 12-1800 Mk.

Schlaf-, Wohnzimmer und Küche zu verkaufen

Bettstoffe, gut erhalten, zu verkaufen

Möbel, Stühle und Küche verkauft

Pianos, tadelloser, gebrauchte von 12-1800 Mk.

Schlaf-, Wohnzimmer und Küche zu verkaufen

Bettstoffe, gut erhalten, zu verkaufen

Bezirks-Bildungsausschuss

der Wahlvereine Groß-Berlin u. S. P. D. Sonntag, den 23. März, nachmittags 3 1/2 Uhr

Alexander Moissi Vortrag revolutionärer Dichtungen

Einladungen sind noch zu haben in den Bureaus

Wichtig für Gastwirte, Saalbesitzer usw., auch Privats!

Die Lichtnot wird infolge zunehmenden Kohlenmangels gesteigert

Eine gute Karbidlampe ist Trumpf!



Alle Karbidlampen sind allerbeste Fabrikate

Wichtige Karbidlampen sind allerbeste Fabrikate

Wichtige Karbidlampen sind allerbeste Fabrikate

Wichtige Karbidlampen sind allerbeste Fabrikate

Wichtige Karbidlampen sind allerbeste Fabrikate

PIANOS Adam, Münzstr. 16

große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparaturwerkstatt

Zahlung 3., 4., 5. April Ziehung 10. April

Geld-Lotterie Berliner Lotterie

Mar.-Geseung-Heim Gesamt- u. Hauptgewinn: 375 000 M.

Los 3.50 10 glücklose 4 Mar.-Geld-Lose

Emil Haase & Co., BERLIN 21, Brodowstr. 9.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden

Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

Wilmersdorf. Für den darauffolgenden Tag müssen spätestens

Wilmersdorf. Für den darauffolgenden Tag müssen spätestens

Wilmersdorf. Für den darauffolgenden Tag müssen spätestens

4. Wahlkreis U. S. P. D. Bezirk 1971.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Julius Groß am 12. März 1919 von den Regierungstruppen

Am Dienstag, 4. März, verstarb unser Genosse

Emille Friebe Stephanstr. 51.

Am Dienstag, 4. März, verstarb unser Genosse

Max Schubert Rosenthalerstr. 46.

Am Dienstag, 4. März, verstarb unser Genosse

Max Schubert Rosenthalerstr. 46.

Am Dienstag, 4. März, verstarb unser Genosse

Max Schubert Rosenthalerstr. 46.

Am Dienstag, 4. März, verstarb unser Genosse

Max Schubert Rosenthalerstr. 46.

Gen. V. (M. d. A. S. B.) Widdinger Hermann.

Nachruf. Allen Freunden und Sangesbrüdern

Alfred Hintze, Vater von 3 Kindern, am 11. März

Der Vorstand.

Danksagung. Hiermit sagen wir allen Bekannten

Anna Ganson unsern aufrichtigsten Dank.

Die trauernden Eltern und Geschwister.

K. P. D. Nonhella. Am 14. März folgte die Genassin

Dora Rosenstiel ihrem am 13. Januar verschiedenen Gatten

Ehre ihrem Andenken. Die Beerdigung findet

Die Bezirks-Lotterie.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Berlin, Kungestr. 10, Tel. Moritzpl. 10023, 3578.

Außerordentliche Generalversammlung

heute, Freitag, den 21. März, abends 8 Uhr, in Wingers Konzertsaal

Tagesordnung: 1. Beratung der Entwürfe zum Verbandsstatut

Sonabend, den 22. März 1919, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: I. Mitteilung der Beschlüsse

II. Mitteilung der Beschlüsse

III. Bericht des Vorstandes

IV. Bericht des Vorstandes

V. Bericht des Vorstandes

VI. Bericht des Vorstandes

VII. Bericht des Vorstandes

VIII. Bericht des Vorstandes

IX. Bericht des Vorstandes

X. Bericht des Vorstandes

XI. Bericht des Vorstandes

XII. Bericht des Vorstandes

XIII. Bericht des Vorstandes

XIV. Bericht des Vorstandes

XV. Bericht des Vorstandes

XVI. Bericht des Vorstandes

XVII. Bericht des Vorstandes

XVIII. Bericht des Vorstandes

XIX. Bericht des Vorstandes

XX. Bericht des Vorstandes

XXI. Bericht des Vorstandes

XXII. Bericht des Vorstandes

XXIII. Bericht des Vorstandes

XXIV. Bericht des Vorstandes

XXV. Bericht des Vorstandes

XXVI. Bericht des Vorstandes

XXVII. Bericht des Vorstandes

XXVIII. Bericht des Vorstandes

XXIX. Bericht des Vorstandes

XXX. Bericht des Vorstandes

XXXI. Bericht des Vorstandes

XXXII. Bericht des Vorstandes

XXXIII. Bericht des Vorstandes

XXXIV. Bericht des Vorstandes

XXXV. Bericht des Vorstandes